

## Geschäft der Schweiz mit Panama bricht ein

Rückschlag im Geschäft mit Offshore-Zentren

Zürich Die Enthüllungen um die Panama-Papiere über illegale und zweifelhafte Geschäfte via Briefkastenfirmen der panamaischen Anwaltskanzlei Mossack Fonseca haben im April für Aufruhr gesorgt. Jetzt werden erste Spuren der Verunsicherung im Offshore-Geschäft sichtbar.

Der Einnahmenüberschuss der Schweizer Banken im Finanzdienstleistungshandel mit einer Gruppe von Ländern, die vor allem die Steueroasen Panama, Bahamas, Cayman Islands und Jungferninseln umfassen, ist im zweiten Quartal um 10 Prozent zurückgegangen. Er ist damit erstmals unter die Milliardengrenze gesunken. Der Einnahmenüberschuss aus der übrigen Welt ging dagegen im gleichen Zeitraum nur um 1,9 Prozent zurück, wie die Zahlungsbilanzstatistik der Schweizerischen Nationalbank zeigt.

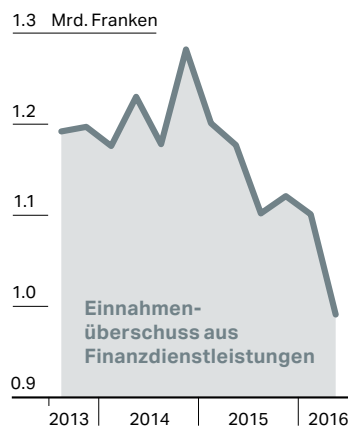
Der Verdacht liegt nahe, dass die Panama-Papiere das Geschäft mit den Briefkastenfirmen beeinträchtigt haben. Erst die nächsten Quartale werden zeigen, ob die Störung nur von kurzer Dauer oder nachhaltig ist.

Das Geschäft mit karibischen Offshore-Gesellschaften ist lukrativ für Schweizer Banken. In den letzten Jahren flossen jeweils rund 5 Milliarden Franken Kommissionen für Finanzdienstleistungen in die Schweiz. Die Steueroasen in der Karibik waren damit für knapp 30 Prozent der Gesamteinnahmen aus dem Schweizer Finanzdienstleistungshandel verantwortlich.

Armin Müller

### Starker Rückgang

Offshoregeschäft der Schweizer Banken mit Panama & Co.



# Panama-Papiere: EU startet Ermittlungen, Schweiz ist passiv

In Brüssel herrscht von links bis rechts Einigkeit im Kampf gegen illegale Offshore-Geschäfte

Oliver Zihlmann

Brüssel 65 EU-Parlamentarier sämtlicher Fraktionen, eine Reihe von Experten und über ein Dutzend Übersetzer versammelten sich vergangenen Dienstag in einem Plenarsaal in Brüssel. Im Juni installierte das EU-Parlament einen Untersuchungsausschuss zur Ermittlung von Rechtsverstössen rund um die Panama-Papiere, die Berichterstattung von über 107 Medien weltweit über Steuerdelikte und Geldwäsche mit Offshore-Firmen.

Zum Start der Ermittlungen befragte der Ausschuss fünf Journalisten, die bei den Arbeiten rund um die Panama-Papiere dabei waren, darunter einen Reporter der Sonntagszeitung. Die Parlamentarier machten keinen Hehl aus ihrer Absicht, Offshore-Geschäfte künftig transparent zu machen und Mitgliedstaaten hart in die Pflicht zu nehmen, falls sie die Geldwäschereibestimmungen nicht einhalten. Gleich in den ersten Minuten gab der Ausschussvorsitzende, Werner Lange, Mitglied der

deutschen CDU, den Takt vor. Er nahm die frühere EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes ins Visier, die kürzlich in einem Datenleck in der Folge der Panama-Papiere auftauchte. «Sie hat damals schon das Parlament belogen», stellte Lange fest.

Um Kommissarin zu werden, musste Kroes 2004 in einem Hearing dem EU-Parlament alle Firmen angeben, in denen sie während der letzten zehn Jahre sass. Eine suspekto Offshore-Firma verschwieg sie, wie das neueste Leck zeigt. «Hätten wir das gewusst, hätte sie die knappe Mehrheit nicht bekommen», sagte Lange vor dem Plenum. Man werde das nun untersuchen.

In der Befragung zeigte sich, dass im Kampf gegen Offshore-Geschäfte in Europa ein breiter, überparteilicher Konsens herrscht. «Von der äussersten Linken im Parlament bis fast an den rechten Rand sind wir uns einig darüber, dass die Finanzgeschäfte mit Offshore-Gesellschaften ans Licht gebracht werden müssen und man Verstösse viel rigoros verfolgen muss», sagt Peter

Simon, stellvertretender Leiter des Ausschusses für Wirtschaft und Währung. «Diese Haltung spiegelt die Stimmung in der Gesellschaft», sagt der deutsche Sozialdemokrat. «Quer durch alle Lager glauben die Menschen in Europa, dass diese Offshore-Firmen zu 99 Prozent der Steuerumgehung oder gar der Geldwäsche dienen.»

**Ueli Maurer tat die Panama-Papiere als «Medienhype» ab**

Die Haltung in den EU-Ländern kontrastiert stark mit dem Parlament in der Schweiz. Hier hat einzig die Linke nach den Panama-Papiere Vorstösse eingereicht. Das eidgenössische Parlament reagierte nicht, obwohl sich zeigte, dass das engste Umfeld von Wladimir Putin Millionengeschäfte über Zürich abwickelte und Anwälte in Genf Offshore-Firmen von Hochrisikokunden betreuten. Dabei wichen sie systematisch den Sorgfaltspflichten aus, die in anderen Ländern gelten. Sie konnten dies dank einer Gesetzeslücke tun, die die OECD anprangert. Doch das Finanzministe-

rium sah nach den Vorstössen der Linken keinen Handlungsbedarf. Bundesrat Ueli Maurer bezeichnete die Panama-Papiere als «Medienhype».

Mittlerweile zeigt sich jedoch, dass die Berichte nicht nur zum Rücktritt des isländischen Regierungschefs und zu Ermittlungen gegen Argentinien Präsidenten führten. In Norwegen, Mexiko, Malta, Pakistan und den USA sind grössere Ermittlungsverfahren angelaufen. An vorderster Front dabei ist der New Yorker Staatsanwalt Preet Bharara, der bereits die UBS und andere Schweizer Banken wegen Steuerdelikten in den USA in die Knie zwang. Dänemark verkündete letzte Woche, für seine Ermittlungen Teile der Panama-Daten gekauft zu haben, vermutlich von einem Whistleblower.

Überall auf der Welt kommt es zu Verhaftungen und Anklagen aufgrund der Recherchen. Vergangenen Mittwoch wurden im Zug von Panama-Ermittlungen zwei Geschäftsleute in Israel verhaftet, weil sie laut Anklage Gelder in Offshore-Firmen versteckt hatten.



Gegen Geldwäsche: Am Dienstag nahm der Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments seine Ermittlungen zu den Panama-Papieren auf

## Fortsetzung OECD will härtere Strafen...

Enthüllungen aus den Panama-Papieren mit Nonchalance. «Bei jedem Medienhype sollte man sich erst mal zurücklehnen und tief durchatmen», meinte er in einem Interview mit dem «Blick». Und fügte bezüglich Offshore-Konstrukten für Superreiche hinzu: «Man muss diese Möglichkeiten schaffen. Die reichen Leute bezahlen viel mehr Steuern als ich. Wir dürfen uns nicht als Obermoralisierer der Welt aufspielen.»

Die Aussagen des Finanzministers gingen um die Welt. Zum Problem der Anwälte sagte Bundesrat Maurer: «Wir können nicht jede

Tätigkeit unter staatliche Kontrolle stellen.» Die FATF sieht dies ganz anders. In ihrem Prüfbericht fordert sie die Schweiz auf, das Geldwäschereigesetz auszuweiten, und zwar für den Nicht-Finanzbereich «von Anwälten, Notaren und Treuhändern, die mit dem Aufbau von Unternehmen und Strukturen zu tun haben».

Verbesserungsbedarf sieht die Anti-Geldwäscherei-Behörde auch bei der Aufsicht der Anwälte und Treuhänder. Anwälte beispielsweise werden nicht von der eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) kontrolliert, sondern von privaten Selbstregulierungsorganisationen. Als Kontrolleure setzen diese andere Anwälte ein. Ihre Risikoanalysen seien uneinheitlich, moniert die FATF. Und wörtlich: «Die Intensität der Kontrol-

len ist nicht auf das Risiko abgestimmt, besonders im Zusammenhang mit Finanzintermediären, die Offshore-Konstrukte aufbauen.» Die Qualität der Kontrollberichte müsse verbessert werden.

**Die Finanzmarktaufsicht bestraft Banken zu milde**

Probleme orten die FATF-Inspektoren auch bei den Banken. Schweizer Finanzinstitute würden langjährige Kunden zu wenig durchleuchten. «Der Prozess, wie existierende Kunden überprüft werden, ist generell unbefriedigend», heisst es im Bericht. Deren Vermögen stamme zum Teil aus einer Zeit, als die Vorschriften zur Überprüfung der Herkunft der Gelder noch minimal gewesen seien. Die Geschäftstätigkeit oder die berufliche Position eines Kunden könne sich

verändert haben. Die Gefahr von Altlasten werde unterschätzt, so die Geldwäschereixperten.

Die FATF ist unzufrieden mit der Zahl der gemeldeten Verdachtsfälle. Meldungen der Banken erfolgten hauptsächlich als Reaktion auf Informationen in der Öffentlichkeit – meist aufgrund von Medienberichten. Die Kontrollbehörde verlangt deshalb von der Finma schärfere Sanktionen gegen Banken, die gegen die Meldepflicht verstossen.

Generell sei die präventive Wirkung der Strafen der Finma fraglich. «Die von der Finma verhängten Sanktionen scheinen zu tief, um Sorgfaltspflichtverletzungen effektiv und adäquat zu bestrafen», schreiben die Prüfer. Bisher seien keine scharfen Sanktionen gegen fehlbare Bank-

kader und Mitarbeiter sichtbar geworden.

Seit der FATF-Inspektion hat die Finma im Korruptionsfall 1MDB jedoch hart gegen die Tessiner Bank BSI und deren Kader durchgegriffen.

**Kunst- und Immobilienhandel sowie Barzahlungen ignoriert**

Weiter kritisiert die FATF, dass Immobilienhändler in der Schweiz nicht dem Geldwäschereigesetz unterstellt sind. Die Risiken seien gerade in diesem Bereich hoch. Dasselbe gelte für den Kunsthandel. In einem 2015 veröffentlichten Bericht des Bundes zur Geldwäschereibekämpfung der Schweiz werde dies zu wenig beachtet. Auch das Problem von Barzahlungen oder der Gebrauch von Prepaidkarten ohne Verbindung zu Bankkonten werde

praktisch ignoriert. Probleme sehen die Inspektoren in der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz. Dabei geht es unter anderem um die Rechtshilfe. Wenn ausländische Strafverfolger über die Rechtshilfe Informationen anfragten, würden die Verdächtigen in der Schweiz informiert – das torpediere Ermittlungen. Die FATF empfiehlt der Schweiz, dies zu überdenken.

Der letzte Entwurf zum Länderreport wird Mitte Oktober in der Plenarversammlung der FATF-Mitgliedsländer in Paris verhandelt. Offenbar will sich die Schweiz in einzelnen Punkten wehren. Beobachter gehen aber davon aus, dass sich der Befund der FATF nicht mehr wesentlich ändern wird.

Kommentar — 19

recherchedesk@sonntagszeitung.ch